

Ja zur Revision des Arbeitsgesetzes Nein zur Abschaffung der Wehrpflicht

Die heutigen Öffnungszeiten für bestimmte Tankstellen sind vermutlich einzigartig. Und nur wenn man den Hintergrund des Referendums unter die Lupe nimmt, erkennt man, weshalb überhaupt abgestimmt werden muss.

Mi. Konkret geht es einzig und allein darum, ob das Personal von Tankstellen auf Autobahnraststätten und an Hauptverkehrswegen mit starkem Reiseverkehr zwischen 1 und 5 Uhr in der Nacht neben Benzin auch Kaffee ausschenken und kleine Imbisse anbieten darf. Dass das Volk über diese geringfügige Änderung, die notabene lediglich zwei Dutzend Tankstellen – keine davon befindet sich in Graubünden! – betrifft, abstimmen darf, ist weltweit einzigartig. Ob wir uns deswegen rühmen dürfen, steht auf einem anderen Blatt.

Fehlende sachliche Argumente der Tankstellen-Gegner

Die vorliegende Änderung des Arbeitsgesetzes ermöglicht, dass auch der Shopbereich rund um die Uhr bedient bleibt, wenn das Angebot der Tankstelle in erster Linie auf die Bedürfnisse der Reisenden ausgerichtet ist. Für alle übrigen Tankstellen-

shops gilt auch in Zukunft der Grundsatz des Nacht- und Sonntagsarbeitsverbots. Weil es sich heute um eine total absurde Beschränkung handelt, die rational nicht zu begründen ist, wollen sie Bundesrat und Parlament abschaffen. Wer das nicht will, argumentiert zwar vordergründig mit dem Schutz der Arbeitnehmer und der kleinen Läden in den Dörfern und all den damit verbundenen negativen Folgen für das lokale Gewerbe. Er weiss aber, dass dies nur Scheinargumente sind. Die betroffenen Arbeitnehmer haben wegen der Gesetzesänderung keine längeren Arbeitszeiten. Und die Dorfläden haben zwar sehr wohl einen sehr schweren Stand, aber nicht wegen der Tankstellen, die vier Stunden in der Nacht länger offen halten dürfen, sondern der Grossverteiler wegen. Die Gegner wehren sich, weil für sie die Ausdehnung des 19-Stunden- auf den 24-Stunden-Betrieb ausgewählter Tankstellen der Anfang vom Ende des Nacht- und Sonntagsarbeitsverbotes ist. Dabei handelt es sich bei der zur Abstimmung kommenden Vorlage nur um eine ganz bescheidene Anpassung, die auf Veränderungen im beruflichen Umfeld und im Konsumverhalten der Bevölkerung begründet ist. Denn es will wohl in der heutigen Zeit niemand mehr, dass der Schichtarbeiter auf dem Heimweg nicht noch ein Brötli kaufen kann.

Nein zur Aufhebung der Wehrpflicht

Heute ist gemäss Bundesverfassung jeder Schweizer verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Wer die Wehrpflicht nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, leistet einen zivilen Ersatzdienst, den Zivildienst. Schweizer, die nicht in Armee, Zivildienst oder Zivilschutz Dienst leisten, schulden eine Abgabe. Schweizerinnen können in der Armee freiwillig Dienst leisten. Die Initiative will die Militärdienstpflicht für Männer aufheben. Die Armee soll aus Männern und Frauen bestehen, die freiwillig Dienst leisten. Bei Annahme der Initiative müsste die Armee folglich als Freiwilligenmiliz organisiert werden. Weiter hält die Initiative fest, dass der Zivildienst freiwillig sein

Der Vorstand des Bündner Gewerbeverbands hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2013 beschlossen:

Volksinitiative vom 5. Januar 2012 «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»: **NEIN**

Zur Änderung des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 2012 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, Offenhaltung von Tankstellenshops) sagt der BGV: **JA**

Zur Revision des Bundesgesetzes vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiegesetz, EpG) fasst der BGV keine Parole, weil es nicht um ein das Gewerbe direkt betreffendes Gesetz geht.

soll. Er würde neu auch Frauen offenstehen. Schliesslich würde die Ersatzabgabe abgeschafft.

Der Kantonalvorstand des BGV lehnt die Vorlage ab. Die Armee könnte die Sicherheit nicht mehr gewährleisten. Aber auch staatspolitische Gründe sprechen für die Militärdienstpflicht. Die Armee ist und bleibt ein Abbild der Gesellschaft, auch wenn sie aus den verschiedensten Gründen an Bedeutung verloren hat. Sie genießt dadurch das Vertrauen der Bevölkerung. Sie ist gesellschaftlich gut abgestützt und trägt zum Zusammenhalt unseres Landes bei. Die Wirtschaft kann nach wie vor von der Führungsausbildung profitieren.

Ob sich eine Freiwilligenmiliz durchsetzen würde, ist zudem mehr als fraglich. Vielmehr käme es zu einer teuren Profiarmee. Daran kann das Gewerbe kein Interesse haben.

